

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Mai/2015

www.dkp-koeln.de

Köln gegen TTIP

Rat lehnt Freihandelsabkommen ab

Der Rat der Stadt Köln lehnte am 24. März in einer fraktionsübergreifenden Resolution die Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA ab. Unter dem Antrag finden sich die Unterschriften der Fraktionsgeschäftsführer von CDU, SPD, Grüne, der Partei die Linke, den Piraten und »Deine Freunde«, insgesamt von 79 der 90 Mitglieder des Stadtrats. Der Beschluss ist veranlasst durch einen Bürgerantrag von Christine Reinicke und ersetzt ihn.

»TTIP, CETA und TiSA müssen gestoppt werden. Nicht so, nicht mit uns«, begründete Jörg van Geffen, wirtschaftspolitischer Sprecher, die Haltung der SPD-Fraktion. Er dankte dem Kölner Bündnis No-TTIP: »Das Bündnis hat mit viel Engagement hervorragende Arbeit geleistet und den Boden für eine starke Mehrheitsposition geebnet. Ich freue mich, dass die Kölner Bürgerinnen und Bürger sich gewissenhaft mit den Vor- und Nachteilen von Freihandelsabkommen auseinandersetzen,

denn die Auswirkungen werden nicht irgendwo in Europa spürbar, sondern betreffen hier vor Ort, die kommunale Daseinsvorsorge, die städtischen Gesellschaften und auch kleine und mittelständische Unternehmen.«

Auch CDU-Fraktionschef Bernd Petelkau war empört: »Dass wir keinerlei Einfluss haben sollen, kann nicht sein.« Sein Kollege von der FDP indes, Ulrich Breite, tadelte die CDU-Zustimmung zur Resolution als Abweichung von marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

Die Resolution des Kölner Stadt-

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Kriegseinsätze zum Schutz von Menschen? S.5
- Kriegslügen, S.6



rats weist mit großer Mehrheit die Marktzugangsverpflichtungen in den Freihandelsabkommen zurück. CETA greife in die kommunale Daseinsvorsorge ein. Das öffentliche Beschaffungswesen dürfe nicht noch weiter eingeschränkt werden. Der Köln Stadtrat wendet sich gegen die TTIP-Investitionsschutzregelungen und die Schiedsgerichte und will, dass die europäischen Sozial-, Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutzregelungen sowie die Umwelt- und Lebensmittelstandards erhalten bleiben. Der Beschluss fordert »die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weitere Abkommen, das die in dieser Erklärung dargelegten Maßgaben nicht erfüllt, abzulehnen, sowie den Stopp von Verhandlungen zu den Abkommen TTIP und TiSA zu veranlassen, solange diese essentiellen Bedingungen nicht erfüllt werden.«

Jörg Frank, Fraktionsvorsitzender der Grünen monierte ebenfalls das Fehlen von Transparenz und Öffentlichkeit sowie der parlamentarischen Beteiligung bei den Verhandlungen. »Sie

werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente geführt. Länder und Kommunen werden komplett außen vor gelassen. Dies widerspricht elementaren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen und Werten.« Nach Heribert Prantl von der Süddeutschen sei TTIP ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie.

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der Partei die Linke im Kölner Stadtrat, begann seine Rede mit einem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest (*»Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.«*) und hob die Schutzfunktion der öffentlichen und kommunalen Wirtschaft hervor. Das CETA-Abkommen definiere die Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als Investition. Durch diese Definition unterlägen sie anderen Verpflichtungen als nach dem EU-Recht. Durch die Wahl des Negativlistenansatzes in CETA seien zahlreiche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge nicht geschützt. Dazu gehörten Gas, Strom, Fernwärme, Binnenhäfen, öffentliche Beleuchtung, Grünflächen, Breitband,

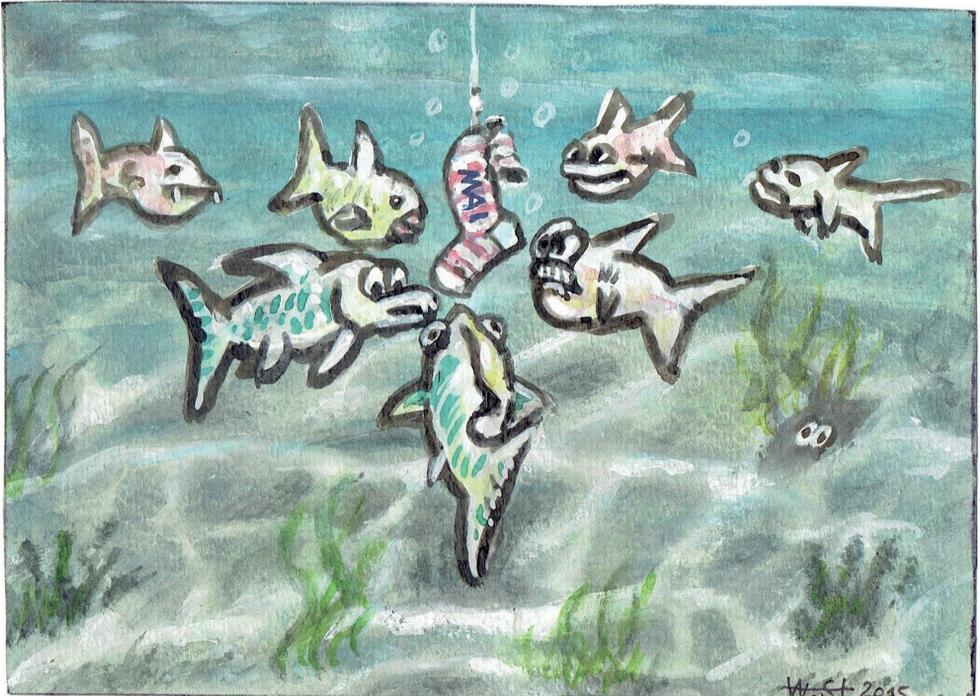
Smart Grids [intelligentes Stromnetz]. Das internationale Kapital suche weltweit Anlagemöglichkeiten. Internationale Konzerne würden sich in kommunalen Unternehmen einnisten, sie aufsaugen und zerstören.

Das Kölner Bündnis No-TTIP hatte noch am Vortag in einer Pressekonferenz, zu der sich auch die Spitzen der Ratsfraktionen bemüht hatten, das klare Nein zu CETA, TTIP und TiSA gefordert. Es freut sich über diesen Erfolg. In den vergangenen Monaten war mittels Aktionen und Unterschriftensammlungen auf der Straße, in zahl-

reichen Veranstaltungen und in Konferenzen der örtlichen Parteien für den Bürgerantrag geworben worden.

Mittlerweile haben 133 Städte und Gemeinden gegen die Freihandelsabkommen Beschlüsse fassen können – trotz juristisch verhüllter Versuche, ihnen in dieser Frage einen politischen Maulkorb umzubinden. Auch in Frankreich und Österreich wächst der Widerstand auf kommunaler Ebene gegen CETA, TTIP und TiSA.

-Klaus Stein



TTIP ? – Nur ein alter Socken!

Freiheit im Kapitalismus???

Freiheit ist in erster Linie die Freiheit des wirklichen, tätigen Menschen in der ebenso wirklichen Welt.

Sie erweist sich an den realen Möglichkeiten von Menschen, Ziele zu erreichen und Bedürfnisse zu befriedigen.

Die in kapitalistischen Gesellschaften oft zitierte Freiheit des Denkens existiert nur im Kopfe.

Das reicht nicht. In der Realität bestimmen die gesellschaftlichen Verhältnisse den Alltag.

Überall stehen dem Individuum (solange es nicht organisiert ist) die Verhältnisse machtvoll gegenüber.

Wer Hoffnung braucht, verkauft diese an die Institution Kirche. Und Jesus droht beschuldigend.

Wer Geld braucht, muss in die ihn reduzierend Industriemaschinerie gehen.

Wer hungert, geht zum Amt, welches die Menschen zu Krebsen macht und den Auftrag hat, der Senkung von Lohnnebenkosten zu dienen, der geheiligten Senkung von Lohnnebenkosten.



Das neugierige Kind wird zum Klassenbesten, Kassenclown oder Klassenlooser.

Ich kaufe Kekse von Allnatura, statt von Rewe. Das ist meine Freiheit. Ich sammle Punkte. Bei Rewe. Für eine Salatschüssel von W.M.F.

Die Freiheit beginnt erst dort, wo sich ein Gegensubjekt formiert!

-Dr. Ritardando

Kriegseinsätze zum Schutz von Menschen?

Bundespräsident Gauck warb am 31. Januar anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz für das Konzept der Schutzverantwortung, dem das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung unterzuordnen sei.

Gauck propagierte den Einsatz deutschen Militärs zum angeblichen Schutz der Bevölkerung anderer Länder.

„Ich leide wie viele Menschenrechtsverteidiger in der ganzen Welt daran, dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es ethisch, zum Schutz von Leib und Leben bedrohter Menschen, geboten wäre.“

Am 30. April ist am Reichensperger Platz das Massaker bei Kundus vom 4. September 2009 verhandelt worden. Das Oberlandesgericht wies die Klage von Hinterbliebenen der Opfer des verheerenden Angriffs zurück. Dem damaligen deutschen Oberst

Georg Klein (mittlerweile General), der die Attacke befohlen hatte, sei keine schuldhaft Verletzung von Amtspflichten vorzuwerfen. Das OLG bestätigte damit ein Urteil des Bonner Landgerichts. Bei der Bombardierung von zwei Tanklastwagen waren etwa 100 Zivilisten getötet worden.

Sahra Wagenknecht von der Linkspartei kommentierte: *„Der von Seiten der Bundesregierung immer wieder betonte Drang, ‚mehr Verantwortung‘ in der Welt übernehmen zu wollen, gilt offensichtlich nicht für die bitterarmen afghanischen Opfer deutscher Kriegspolitik.“*

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:
 info@unsere-zeit.de
 Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



Kriegslügen II

Am 2. August 1990 besetzten irakische Truppen Kuwait. Noch am selben Tag verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die den Rückzug verlangte. Die USA drängten auf Krieg. Aber es gab Vorbehalte.

Sie schwanden, nachdem am 10. Oktober ein 15-jähriges Mädchen namens Nayirah im Kongress auftrat. Sie sei als Helferin in einer kuwaitischen Klinik Zeugin geworden, wie irakische Soldaten Babys aus ihren Brutkästen genommen und „sie auf dem kalten Fußboden sterben gelassen“ hätten. Sie und ein anderer Zeuge, „Mr. Issah Ibrahim, der Chirurg“ traten auch vor dem Sicherheitsrat auf.

Die New York Times deckte später auf, dass es sich bei Nayirah in Wirklichkeit um die Tochter des kuwaitischen Botschafters handelte und bei dem Chirurgen um einen Kieferorthopäden, der in den USA praktizierte. Die Geschichte war von der Werbeagentur Hill & Knowlton erdacht worden.

Der Krieg gegen den Irak begann am 17. Januar und endete am 5. März 1991. 200 000 Iraker verloren ihr Leben.

Als am 5. Februar 2003 der US-Außenminister Colin Powell die Lüge von den Massenvernichtungswaffen im Irak vor der Weltpresse ausbreitete, hatte er vorher mit blauem UNO-Tuch die Tapiserie nach Picassos berühmten Guernica-Gemälde verhängen lassen. Der Krieg begann am 20. März 2003. Todesopfer: 5000 amerikani-

sche, 40 000 irakische Soldaten, 600 000 Zivilisten.

Gegen Libyen flogen ab dem 19. März 2011 die USA, Großbritannien und Frankreich Luftangriffe. Sie stützten sich auf eine UNO-Resolution zum Schutz von Zivilisten. Der Krieg dauerte bis zum 23. Oktober 2011. Über Opferzahlen wird selten geredet, es waren aber mehrere 10 000, darunter Ghaddafi. Um ihn ging es und um die Ölquellen im Lande.

Im Osten der Ukraine ist zu beobachten, wie die Regierung in Kiew gegen die Bevölkerung des Donbass wütet. Wir erinnern uns der Massaker am 2. Mai 2014 in Odessa.

Auf einem bekannten Foto (bei Jauch war es zu sehen) posierten Söldner des berüchtigten Aow-Bataillons mit Hitlergruß vor einer Hakenkreuzfahne und einer NATO-Fahne.

Die Bundesregierung ist daran beteiligt, in der Ukraine Faschisten hochzupäppeln und duldet deren Mitarbeit in Regierung, Geheimdienst und Militär. Es ist dieselbe Haltung, mit der bei uns im Lande verhindert wird, daß die Verbindung des Verfassungsschutzes zum NSU untersucht wird. Bei uns wird ein gesellschaftliches Klima der

Angst, der Konkurrenz, des Nationalismus und des Rassismus geschürt. Wir werden an das Ende der zwanziger Jahre erinnert, als in der Folge der Krise von 1929 die Nazis an Zulauf gewannen.

Der Kommunist Ernst Thälmann kandidierte bei der Wahl zum Reichspräsidenten am 13. März 1932, die anderen Kandidaten waren Hitler und Hindenburg. Um Hitler zu verhindern, rief die SPD zur Wahl von Hindenburg auf. Wahlspruch der KPD war: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Ein Jahr später war Hitler Reichskanzler, der Reichstag nickte die Ermächtigungsgesetze ab. Der Terror begann und die Kriegsvorbereitungen.

Am Abend des 31. August 1939 wurde SS-Sturmbannführer Alfred Naujocks mit fünf weiteren SS-Leuten zum Sender Gleiwitz geschickt. Sie

drangen verkleidet, polnische Freischärler darstellend, gegen 20.00 Uhr in das Gebäude ein und überwältigten vier Mitarbeiter. Dann riefen sie in deutscher und polnischer Sprache ins Mikrofon „Achtung! Achtung! Hier ist Gleiwitz. Der Sender befindet sich in polnischer Hand ... Die Stunde der Freiheit ist gekommen! Hoch lebe Polen!“ Sie hinterließen eine präparierte Leiche und verschwanden nach wenigen Minuten.

An selben Abend um 22.30 Uhr berichtete der Reichsrundfunk über den Überfall. Am nächsten Tag stand es in der gesamten deutschen Presse. Hitler hielt eine Rundfunkrede. Sie endete mit dem Satz: „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen.“ Die polnische Armee kapitulierte am 6. Oktober 1939.

Der Zweite Weltkrieg kostete mindestens 55 Millionen Menschen das Leben.

70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg

Demonstration am 9. Mai in Köln »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg.«

Die Aufrufer erinnerten an die uneingelösten Konsequenzen aus der Befreiung: Immer noch gehe es um zivile Konfliktlösung und Verständigung statt Hetze und Eskalation, um Abrüstung und Rüstungskonversion statt Rüstungsproduktion und -exporte und um eine Wissenschaft und Bildung für den Frieden statt Rüstungsforschung und Kriegspropaganda!

Der Schwur von Buchenwald bleibe Verpflichtung: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Aufgerufen hatten Attac (AK Geopolitik und Frieden), der Arbeitskreis Zivilklausel Köln,

die DFG-VK Köln, DIDF Köln, DKP Köln, Kölner Friedensforum, SDS Köln und VVN-BdA Köln.



**FESTIVAL
DER JUGEND**

**MAKE CAPITALISM HISTORY -
DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS**

RUNDEN & WORKSHOPS
SPORT & SPIELE
KONZERTE & PARTY
WERKSTATT,
LESUNGEN
&
FILME

**22.-25. MAI 2015
JUGENDPARK KÖLN**

VORBEIKOMMEN IST KOSTENFREI!

WEITERE INFOS: WWW.FESTIVAL-DER-JUGEND.DE

Unser nächster Gruppenabend:

**3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Stein, Bayenstraße 11, 50670 Köln